

Neonazis machen sich Mobbing und Ausgrenzung zunutze

Initiative „pro aktiv gegen rechts“ zieht Bilanz / Studie an Schulen

Von Christine Kröger

Bremen. „Erschreckend“ nennt Joachim Schuster, Staatsrat bei der Senatorin für Soziales, wie sich rechtsextreme Einstellungen und Verhaltensweisen ausbreiten – auch in Bremen. „Rechtsextremismus ist viel mehr als Neonazismus“, sagte Schuster gestern bei der Initiative „pro aktiv gegen rechts“. „Das Problem geht weit über den harten Kern aus gewaltbereiten Neonazis hinaus.“

Die Initiative will sich stärker vernetzen und hatte dazu Experten aus Schulen und Hochschulen, Jugendorganisationen und Wohlfahrtsverbänden, Politik und Gewerkschaften, Polizei und Verfassungsschutz zu einem Arbeitstreffen ins „Haus der Wissenschaft“ geladen. Ihre Mitarbeiter verstehen sich als Ansprechpartner für alle Bürger, die sich mit Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus konfrontiert sehen – in welcher Form auch immer.

Rund ein Jahr, nachdem sie ihre Arbeit aufgenommen haben, zogen sie eine erste Bilanz ihrer Beratungstätigkeit. 38 Fälle sind es an der Zahl, und kaum einer ist vergleichbar mit dem anderen. Die Palette reicht von der Nachbarin, die die ausländerfeindlichen Hetzparolen ihrer grölenden Hausmitbewohner nicht mehr erträgt, bis zum Schulleiter, der sich ganz einfach nach Informationsmaterial über Wege des Einstiegs Jugendlicher in die Szene erkundigt.

Über einen Fall, der eine erstaunliche Entwicklung genommen habe, berichtete Bera-

ter Cornelius Peltz. Der Anlass der Anfrage war ebenso konkret wie massiv: Ein einschlägig bekannter Bremer Rechtsrocker hatte seine Kinder auf die Schule geschickt, und die fielen dort rasch auf.

Die Initiative und ihre Kooperationspartner wie die Jugendbildungsstätte Lidice-Haus und der Verein für akzeptierende Jugendarbeit behalten auch den harten Kern der Bremer Szene im Blick. Viel größere Informationslücken als über deren Aktivitäten gibt es laut „pro aktiv gegen rechts“ dort, wo diese Szene ihre Mitläufer und ihren Nachwuchs rekrutiert: an den Schulen. Deshalb hat sie die Akademie für Arbeit und Politik der Hochschule Bremen mit einer Studie beauftragt.

Die Wissenschaftler sollen klären, wie verbreitet dort Vorurteile, Abwertung und Diskriminierung von Minderheiten sind. Was Peltz „Substanzverlust demokratischer Werte“ nennt – wie wachsende Bereitschaft zu Mobbing und Ausgrenzung – sei zugleich der Nährboden für rechtsextreme Einstellungen, weiß der Soziologe. „Leider wissen das auch die Neonazis, und leider nutzen auch sie dieses Wissen für ihre Zwecke.“ Und das mit Erfolg, was Peltz wie Staatsrat Schuster „erschreckend“ finden.

Sie erreichen die Berater der Initiative „pro aktiv gegen rechts“ unter Tel. 04 21/361-1 56 72 (Bremen) oder 01 76/52 33 33 14 (Bremerhaven) oder per E-Mail unter der Anschrift pro-aktiv-gegen-rechts@soziales.bremen.de.